

Die Wahlen in Haiti: zwischen Legitimation und Polarisierung

Nissen, Astrid

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nissen, A. (2000). *Die Wahlen in Haiti: zwischen Legitimation und Polarisierung*. (Brennpunkt Lateinamerika, 14). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443794>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 14

31. Juli 2000

ISSN 1437-6148

Die Wahlen in Haiti – Zwischen Legitimation und Polarisierung

Astrid Nissen

Im Mai, Juni und Juli 2000 fanden in Haiti Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Die im In- und Ausland gehegte Hoffnung, die Durchführung dieser Wahlen könnte zur Beendigung der seit dem Rücktritt des Premierministers Rosny Smarth im Sommer 1997 andauernden institutionellen Krise und politischen Lähmung im Land beitragen, scheint sich aber nicht zu erfüllen. Im Gegenteil – die Situation ist verworrener als zuvor und eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zeichnet sich zur Zeit nicht ab. So haben sich nicht nur die Fronten zwischen den politischen Akteuren in Haiti verhärtet, sondern auch verschiedene Mitglieder der Internationalen Gemeinschaft – allen voran die Vereinigten Staaten und die Europäische Union – haben den Ton deutlich verschärft und drohen der haitianischen Regierung mit weitreichenden Sanktionen.

Der lange Weg zu den Wahlen

Nach politischen Konsensgesprächen mit den im *Espace de Concertation*¹ zusammengeschlossenen Oppositionsparteien ernannte der haitianische Präsident René Préval im März 1999 per Dekret neben einer neuen Regierungsmannschaft auch einen neuen Wahlrat. Die vordringliche Aufgabe dieses neunköpfigen Gremiums stellte die Durchführung der seit Ende 1998 überfälligen Parlaments- und Kommunalwahlen dar. Doch die Neubesetzung des gesamten Abgeordnetenhauses (83 Sitze), von zwei Dritteln des Senates (19 Sitze) sowie vielen hundert Posten auf kommunaler Ebene erwies sich als eine organisatorische Herausforderung, deren Vorbereitung mehr Zeit in Anspruch nahm als zunächst geplant. Nicht zuletzt die in einigen Regionen

heftig geführten politischen Auseinandersetzungen über die Besetzung der Wahlkommissionen auf departementaler (BED, *Bureau Electoral Departemental*) und kommunaler (BEC, *Bureau Electoral Communal*) Ebene führten bereits im September 1999 dazu, dass der vorgesehene Zeitplan verworfen und die erste Wahlrunde schließlich auf den 19. März 2000 verschoben werden musste.

Während die Fristen für die Einschreibung der Kandidaten in die dafür vorgesehenen Listen noch weitgehend eingehalten werden konnten – dieser Prozess war wie vorgesehen Mitte Dezember 1999 abgeschlossen² – bereitete die Registrierung der Wähler große Probleme. Eine Schwierigkeit stellte der neu eingeführte Wahlausweis mit Lichtbild dar. Kritiker dieser Maßnahme, deren wesentlicher Sinn darin liegt, die

¹ Zu den verschiedenen Bündnissen und Parteien vgl. Übersicht S. 147-148.

² Für die rund 7.500 zu vergebenden politischen Posten wurden mehr als 29.000 Kandidaten aufgestellt.

Identifikation der Wähler zu erleichtern und damit die Möglichkeit einer mehrfachen Stimmabgabe zu erschweren, hatten bereits im Vorfeld Zweifel daran geäußert, dass es gelingen würde, diesen Ausweis flächendeckend auszuhändigen. Angesichts der Tatsache, dass in vielen, vor allem ländlichen Regionen des Landes aufgrund der mangelhaften staatlichen Infrastruktur beispielsweise die Ausstellung von Personalausweisen und anderen amtlichen Dokumenten nur unzureichend ausgeführt werden kann, waren diese Bedenken durchaus berechtigt. Mit zwei Wochen Verspätung begann die Einschreibung Ende Januar diesen Jahres. Die eingerichteten Anlaufstellen waren aufgrund der unerwartet hohen Nachfrage teilweise hoffnungslos überlaufen und die Mitarbeiter vielfach überfordert. Hinzu kam, dass in vielen Regionen nicht ausreichend Material zur Erstellung der Ausweise zur Verfügung stand. Dies galt insbesondere für die Ausrüstung, die zur Erstellung der Lichtbilder notwendig war. Andernorts wurden Kameras und Filmmaterial gestohlen. In den bevölkerungsreichen Stadtteilen der Hauptstadt Port-au-Prince und weiteren dicht besiedelten Gebieten brachen Unruhen aus, da von vornherein zu wenig Registrierungsstellen eingerichtet worden waren. Immer wieder wurden Stimmen laut, die behaupteten, dies sei eine gezielte Strategie, um bestimmte Bevölkerungsteile vom Wahlprozess auszuschließen. Die großen logistischen Probleme veranlassten den Wahlrat schließlich, den Wahltermin erneut – ohne die Angabe eines neuen Datums – zu verschieben. Gleichzeitig wurde die Frist für die Einschreibung bis zum 19. März 2000 verlängert und die Anzahl der Anlaufstellen kurzfristig erhöht. Nach offiziellen Angaben des CEP trugen sich letztendlich rund 93 Prozent der Wahlberechtigten in die Register ein und erhielten den obligatorischen Wahlausweis³. Die hohe Beteiligung an der Registrierung ist mit einiger Wahrscheinlichkeit auf das große Interesse an den neuen Wahlausweisen zurückzuführen. Viele Menschen wollten sich nach eigenen Aussagen diese Gelegenheit zur Erlangung eines amtlichen Dokumentes nicht entgehen lassen.

Aufgrund der erneuten Verschiebung der Wahlen sahen sich die Oppositionsparteien spä-

testens zu diesem Zeitpunkt in ihrer These bestätigt, die Durchführung würde bewusst hinausgezögert, um eine Zusammenlegung der Parlaments- und Kommunalwahlen mit den für Ende des Jahres vorgesehenen Präsidentschaftswahlen zu erreichen. Dabei wird Jean-Bertrand Aristide, der noch immer die herausragendste politische Persönlichkeit im Land ist, als Kandidat antreten und aller Wahrscheinlichkeit nach als Sieger hervorgehen. Die Zustimmung für *Titid*, wie er im Volksmund genannt wird, ist vor allem in den armen, bevölkerungsreichen Schichten überwältigend. Würden am gleichen Tag wie die Präsidentschaftswahlen die Parlaments- und Kommunalwahlen durchgeführt, könnten die Kandidaten der *Fanmi Lavalas* – also der Partei deren Vorsitzender Aristide ist – im Sog seiner Popularität ebenfalls als eindeutige Sieger hervorgehen. Dies erregte bei der Opposition Besorgnis, nachdem in ersten Umfragen vom Januar und Februar 2000 dem Bündnis *Espace de Concertation* sowie der OPL und der neugegründeten Partei MOCHRENHA durchaus gute Chancen bei den Parlaments- und Kommunalwahlen eingeräumt wurden. Entgegen dieser eher strategisch und wahltaktisch begründeten Kritik ließe sich argumentieren, dass allein der enorme finanzielle und organisatorische Aufwand sowie die zu erwartende Wahlmüdigkeit der Bevölkerung eine Zusammenlegung der verschiedenen Wahlen gerechtfertigt hätten.

Auch die internationale Gemeinschaft wurde langsam ungeduldig und verschärfte den Druck auf die haitianische Regierung und den Wahlrat. Vor allem seitens der Vereinigten Staaten wurde immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass, so lange es kein durch demokratische Wahlen legitimiertes Parlament gäbe, die bereits seit über einem Jahr eingefrorenen aber doch dringend benötigten internationalen Hilfsgelder weiter zurückgehalten würden. Nachdem für kurze Zeit der 9. April als möglicher Wahltag genannt wurde, Präsident Préval diesen Termin, der angeblich nicht mit ihm abgesprochen war, jedoch kategorisch ablehnte, einigte man sich schließlich darauf, den ersten Wahlgang am 21. Mai 2000 durchzuführen.

³ Die vom CEP berechnete Gesamtanzahl der Wahlberechtigten lag bei rund 4,2 Millionen. Diese Zahl ist vielfach als zu niedrig kritisiert worden, da ein zu geringer Bevölkerungswachstumsfaktor auf das zugrundeliegende Datenmaterial (Zensus von 1982!) angewendet worden sei.

Übersicht über die wichtigsten politischen Bündnisse, Parteien und Gruppierungen in Haiti

<i>Fanmi Lavalas</i>	1996 von Jean-Bertrand Aristide gegründete Partei zu deren Führungspersönlichkeiten auch Angehörige der aufgelösten haitianischen Armee gehören (z.B. Dany Toussaint, Joseph Médard, Fourel Célestin); 98 Kandidaten für die Parlamentswahlen (19 Senat, 79 Abgeordnetenhaus).
<i>Espace de Concertation</i>	Koalitionsbündnis bestehend aus KID, Génération 2004, PANPRA, KONAKOM und <i>Ayiti Kapab</i> ; 92 Kandidaten für die Parlamentswahlen (16 Senat, 76 Abgeordnetenhaus).
KID (<i>Konfederasyon Inite Demokratik</i>)	In den 80er Jahren von Evans Paul gegründete Bewegung, die als Mitglied der FNCD (<i>Front National pour la Concertation et la Democratie</i>) 1990 die Kandidatur Aristides unterstützte; heute Mitglied des <i>Espace</i> .
CONACOM oder KONAKOM (<i>Congrès National des Mouvements Démocratiques</i>)	Partei mit Verbindungen zur Sozialistischen Internationale; Vorsitzender ist Victor Benoit; ehemaliges Mitglied der FNCD; heute Mitglied des <i>Espace</i> .
PANPRA (<i>Parti National Progressiste Révolutionnaire d'Haïti</i>)	Partei mit starken Verbindungen zur Sozialistischen Internationale (insbes. zur Sozialistischen Partei Frankreichs); Vorsitzender ist der ehemalige Senator (1991-94) Serge Gilles; Mitglied des <i>Espace</i> .
<i>Génération 2004</i>	Kleine Partei unter Führung von Claude Roumain; Mitglied des <i>Espace</i> .
<i>Ayiti Kapab</i>	Kleine Partei des ehem. Priesters Ernst Verdieu (Sozialminister unter Aristide); seit Verdieus Tod 1998 wird die Partei von Robert Auguste geführt; Mitglied des <i>Espace</i> .
MOCHRENHA (<i>Mouvement Chrétien pour une Nouvelle Haïti</i>)	Relativ neue Partei unter Führung des Pastors Luc Mésadiou, die ein Hauptaugenmerk auf die wachsende Anzahl der Anhänger verschiedener protestantischer Kirchen gerichtet hat; 81 Kandidaten für die Parlamentswahlen (14 Senat, 67 Abgeordnetenhaus).
OPL (<i>Organisation du Peuple en Lutte</i>)	Ehemals <i>Organisation Politique Lavalas</i> ; nach dem Auseinanderbrechen der Lavalas-Bewegung gehört der Vorsitzende dieser Partei, Gérard Pierre-Charles, zu den stärksten Kritikern Aristides; 79 Kandidaten für die Parlamentswahlen (16 Senat, 63 Abgeordnetenhaus).
RDNP (<i>Rassemblement des Démocrates Nationaux Progressistes</i>)	Partei unter Führung des Historikers und Politologen Leslie Manigat, der 1988 aus den von den Militärs dominierten Wahlen als Sieger hervorging und nach nur vier Monaten im Amt des Präsidenten durch einen Putsch abgesetzt wurde. Verbindungen zum internationalen Zusammenschluss christdemokratischer Parteien; 55 Kandidaten für die Parlamentswahlen (10 Senat, 45 Abgeordnetenhaus).
PLB (<i>Parti Louvri Baryé</i>)	Partei unter Vorsitz von Renaud Bernardin (Minister unter Aristide); Koalition mit der OPL bei den Wahlen 1995; starke regionale Verankerung im Norden des Landes; 42 Kandidaten für die Parlamentswahlen (3 Senat, 39 Abgeordnetenhaus).
FRONTCIPH (<i>Front Civico-Politique Haïtien</i>)	1999 gegründetes Wahlbündnis aus zahlreichen kleinen Parteien des rechten Spektrums, die in den vergangenen Jahren nicht sehr aktiv waren. Zu den Mitgliedern gehören u.a. UPD, MKN und MODELH; 32 Kandidaten für die Parlamentswahlen (9 Senat, 23 Abgeordnetenhaus).
UPD (<i>Union des Patriotes Démocrates</i>)	Kleine Partei des rechten Spektrums unter Führung von Rockefeller Guerre; Mitglied der FRONTCIPH.
MKN (<i>Mouvement Kombite National</i>)	Neo-duvalieristische Partei unter Führung von Volvick Rémy Joseph; nach kurzer Teilnahme am MPSN jetzt Mitglied der FRONTCIPH.
MODELH (<i>Mouvement Démocratique pour le Libération d'Haïti</i>)	Partei des rechten Spektrums unter Führung von Francois Latortue (Minister unter Duvalier); Mitglied der FRONTCIPH.
ESKANP	Neugeformtes Wahlbündnis, in dem sich neben der KOREGA zahlreiche Mitglie-

<i>(Espas Solidarité Kann Popilé)</i>	der der anti-neoliberalen-Bewegung zusammengefunden haben. Zu den Führern des Bündnisses zählt der ehem. Präsident des Abgeordnetenhaus, Kély Bastien; 25 Kandidaten für die Parlamentswahlen (1 Senat, 24 Abgeordnetenhaus).
KOREGA (<i>Kowòdisyon Resistans Grandans</i>)	Dominierende politische Organisation im Departement Grande Anse, die in der Zeit des <i>Coup d'État</i> (1991-1994) gegründet wurde, unter Führung des Priesters Joachim Samedy.
MPSN (<i>Mouvement Patriotique pour le Sauvetage National</i>)	Konservatives Bündnis, dem zahlreiche ehem. Duvalieristen angehören. Bestehend u.a. aus MDN, ALAH, MNP-28; 23 Kandidaten für die Parlamentswahlen (7 Senat, 16 Abgeordnetenhaus).
MDN (<i>Mobilisation pour le Développement National</i>)	Partei unter Führung von Hubert de Ronceray (Sozialminister unter Jean-Claude Duvalier), zu deren Anhängern zahlreiche ehemalige Angehörige der haitianischen Armee gehören; wesentlicher Bestandteil des MPSN.
ALAH (<i>Alliance pour la Libération et l'Avancement d'Haïti</i>)	Partei unter Führung des Rechtsanwalts Reynold Georges (Mitglied der verfassunggebenden Versammlung 1986-87 und Senator unter der Regierung Manigat); Mitglied des MPSN.
MNP-28 (<i>Mouvement National Patriotique 28 Novembre</i>)	Kleine Partei unter Führung von Déjean Bélizaire, der zwischen 1991 und 1994 zu den führenden Vertretern der Anti-Aristide-Allianz im Senat gehörte, dessen Präsident er war; Mitglied des MPSN.
RANFO (<i>Rassemblement National des Forces Démocratiques</i>)	Der <i>Fanmi Lavalas</i> nahestehende Partei, zu deren Führungspersönlichkeiten eine Reihe ehemaliger Angehöriger der haitianischen Armee gehören; Generalsekretär ist Jean Nazaire Tidé.
<i>Tèt Ansanm pou Sovtaj Ayisyen</i>	Kleine Partei, die 1999 von dem ehemaligen Mitglied der Lavalas-Bewegung Dr. Gérard Blot gegründet wurde.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Wahlbeobachtung durch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Bereits Ende Februar 2000 begann eine Kerngruppe der OAS mit der Beobachtung des Wahlprozesses. Neben der Hauptstadt Port-au-Prince wurden in fünf weiteren Städten (Jérémie, Les Cayes, Gonaïves, Hinche, Cap Haïtien) Büros eingerichtet, von wo aus die Mitarbeiter zunächst den Abschluss der Wählerregistrierung verfolgten. Unmittelbar vor den Wahlen standen vor allem zwei Aspekte im Mittelpunkt der Beobachtung. Die Sicherheitslage sowie der Grad der Mobilisierung der Bevölkerung.

Die Sicherheitslage wurde im allgemeinen als sehr kritisch eingeschätzt, da neben der ständig steigenden Kriminalitätsrate auch das Ausmaß der politisch motivierten Gewalt in den Wochen und Monaten vor den Wahlen erheblich zugenommen hatte. Mindestens sieben Menschen starben im Zusammenhang mit den politischen Auseinandersetzungen, darunter der prominente Radiojournalist Jean Dominique, der am 3. April kaltblütig von bislang unbekanntem Tätern ermordet wurde. Ferner wurde die Bevölkerung immer wieder durch teilweise gewalttätige Demonstrationen sowie Brandanschläge auf Partei- und Wahlbüros in Atem gehalten. Laut Angaben der OAS-Beobachtermission standen in dieser

Zeit mindestens 70 Gewalttaten in einem Zusammenhang mit den Wahlen (vgl. Erklärung des Missionsleiters vor dem ständigen Rat der OAS, 13. Juli 2000). Mehrfach wurde die Fähigkeit der haitianischen Polizei (PNH – *Police National d'Haïti*) zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes angezweifelt. Vor allem in den Provinzen sind die Polizeistationen vielfach unterbesetzt und zudem geschwächt durch eine mangelhafte Ausstattung. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen machten zudem auf die zunehmende Politisierung der Polizei aufmerksam. Besonders schwerwiegend waren in diesem Zusammenhang die Vorwürfe, die Polizei sei parteiisch und würde bei Vorfällen, die dem Spektrum der *Fanmi Lavalas* zugeschrieben werden, nicht eingreifen, in anderen Fällen jedoch übermäßig reagieren – so zum Beispiel mit der Entsendung von speziellen Eingreiftruppen.

Der zweite Aspekt, dem ein Hauptaugenmerk der Beobachtung galt, war der Grad der Mobilisierung der Bevölkerung. Abgesehen von den Wahlen 1990 krankten alle Urnengänge in der kurzen Geschichte der haitianischen Demokratisierung an einer niedrigen bis extrem niedrigen

Wahlbeteiligung⁴. Viele Beobachter befürchteten, dass aufgrund der angespannten Sicherheitslage sowie den ständigen Verzögerungen des Prozesses nur wenige Menschen tatsächlich zur Stimmenabgabe gehen würden. Bei zahlreichen, vor allem kleineren Parteien waren erhebliche Ermüdungserscheinungen – sowohl finanziell als auch personell – im Hinblick auf den Wahlkampf festzustellen.

Die Wahlen – Erstaunen und Ernüchterung

Entgegen diesen Befürchtungen registrierten die meisten Beobachter bereits am Morgen des 21. Mai 2000 relativ lange Schlangen vor den Wahlbüros. Obwohl es in vielen Orten zu erheblichen Verzögerungen kam, die Wahlbüros nicht wie eigentlich vorgesehen um 6 Uhr öffneten, da die Wahlunterlagen nicht vollständig oder gar nicht eingetroffen waren, warteten die Menschen geduldig teilweise bis zum Mittag, um ihre Stimme abgeben zu können. Die Wahlbeteiligung wurde am Ende des Tages auf 60 Prozent geschätzt. Für die geschilderten Umstände war dies ein bemerkenswert hoher Anteil. Die haitianische Bevölkerung stellte damit ihre Bereitschaft und ihren Willen, zur Lösung der politischen Krise beizutragen, eindrucksvoll unter Beweis.

Dennoch verlief der Tag wie erwartet nicht gänzlich ohne Probleme. In einem Vorort von Port-au-Prince kamen ein Polizist und eine weitere Person bei einer Schiesserei ums Leben. In anderen Orten meldete die Polizei Verhaftungen, die zumeist mit dem am Wahltag nicht erlaubten Tragen von Waffen begründet wurden. Insgesamt aber äußerten sich sowohl die rund 200 internationalen Beobachter⁵ als auch die im CNO (*Conseil National d'Observateurs*) zusammengeschlossenen nationalen Beobachtergruppen zunächst zufrieden mit dem Verlauf des Wahltages und erklärten, dass das Ausmaß an Irregularitäten bis zu diesem Zeitpunkt nicht die Integrität des Wahlprozesses in Frage stelle (vgl. Presseerklärung der OAS, 24. Mai 2000).

Nach der anfänglichen Euphorie stellte sich jedoch schnell Ernüchterung ein. Schon am Tag nach dem ersten Wahlgang mehrten sich die Meldungen über ausgefüllte Stimmzettel, die in den Strassen herumflogen. Die BECs, wo die Ergebnisse aller Wahlbüros einer kommunalen Gebietseinheit zusammengetragen werden sollten, befanden sich teilweise in katastrophalem Zustand. Wahlurnen mit oder auch ohne Inhalt lagen verstreut umher. In dem ganzen Chaos waren noch Tage nach der Wahl die Wahlhelfer damit beschäftigt die notwendigen Protokolle auszufüllen. Dies geschah größtenteils ohne unabhängige Kontrolle. Kurz gesagt: Nach dem Ende der Stimmabgabe kann nicht mehr von einem transparenten Wahl- und Auszählungsverfahren die Rede sein. Zwar trugen die miserablen infrastrukturellen Bedingungen sowie die unzureichende Schulung der Wahlhelfer sicher zu diesen Entwicklungen bei. Doch nicht nur die Oppositionsparteien, denen nach ersten vorsichtigen Schätzungen aller Beobachter eine empfindliche Niederlage ins Haus stand, sprachen von einem gezielten und massiven Wahlbetrug zugunsten der Partei *Fanmi Lavalas*.

Dies schien sich zu bestätigen als der CEP Ende Mai erste, vorläufige Ergebnisse bekannt gab. Der Kern des Anstoßes waren die vorgelegten Ergebnissen für die Senatswahlen: Von den 17 Mandaten, die am 21. Mai zur Wahl gestanden hatten⁶, wurden 16 direkt in der ersten Runde, d.h. mit einer absoluten Mehrheit von mindestens 50 Prozent plus einer Stimme, den Kandidaten der *Fanmi Lavalas* zugesprochen. Das 17. Mandat ging an einen unabhängigen Kandidaten aus dem Departement du Nord-Ouest. Das Erstaunen über dieses Ergebnis war sehr groß. Zwar waren sich fast alle Beobachter darin einig, dass *Fanmi Lavalas* aus diesen Wahlen als Siegerin hervorgehen würde, doch dass der Vorsprung so groß sein sollte, dass kein zweiter Wahlgang für die Bestimmung des Senats notwendig war, ließ einige Skepsis aufkommen. Nach einer Überprüfung der Ergebnisse stellten

⁴ Bei den Wahlen im April 1997 wurde die Beteiligung auf nur 7 Prozent geschätzt.

⁵ Neben den Beobachtern der OAS befanden sich Delegationen des US-amerikanischen Kongresses, der CARICOM (*Caribbean Community*), der Staaten der Francophonie sowie sogenannte bilaterale Beobachtergruppen u.a. aus Kanada, Frankreich, Großbritannien und Norwegen im Land. Ferner gab es eine Reihe von Missionen aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum, die jedoch vollkommen unabhängig arbeiteten.

⁶ Insgesamt galt es zwei Drittel, also 19 Senatorenposten neu zu besetzen. Aufgrund andauernder politischer Auseinandersetzungen und logistischer Probleme hatte der erste Durchgang in dem südlichen Departement Grande-Anse, in dem zwei Sitze für den Senat sowie elf Sitze im Abgeordnetenhaus zu vergeben waren, jedoch nicht am 21. Mai stattgefunden. Am 11. Juni wurden hier die Wahlen nachgeholt. Auch in diesem Fall kamen die Beobachter zu dem Schluss, dass der Wahltag trotz einiger gravierender Zwischenfälle weitestgehend korrekt verlaufen sei.

die Experten der OAS fest, dass der Wahlrat einen schwerwiegenden Fehler bei der Berechnung der Prozentanteile für die einzelnen Kandidaten gemacht hatte. Statt die Stimmenanteile auf der Grundlage der Gesamtheit aller gültigen abgegebenen Stimmen zu berechnen, waren nur die Stimmen der vier meistgewählten Kandidaten herangezogen worden. Dies hatte deutlich höhere Prozentanteile zur Folge, da rund 1,5 Mio. Wählerstimmen nicht berücksichtigt wurden. Eine Neuberechnung der OAS ergab, dass bei korrekter Auszählung nur sieben Kandidaten der *Fanmi Lavalas* als Sieger aus der ersten Runde hervorgegangen wären. Alle weiteren Kandidaten hätten sich einer Stichwahl in der für den 25. Juni 2000 geplanten zweiten Runde stellen müssen.

Der Leiter der OAS-Mission, Orlando Marville, machte in einem Brief an den Vorsitzenden des Wahlrates auf diese Unstimmigkeit aufmerksam und forderte das Gremium auf, die Ergebnisse entsprechend zu korrigieren. Dies löste einen Sturm an Protesten aus. Die Anhänger der *Fanmi Lavalas*, die bereits seit dem Tag nach den Wahlen große Siegesfeiern durchführten, behaupteten es handele sich um eine unzulässige, mit dem Mandat der Mission nicht vereinbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten Haitis. Es läge allein in der Kompetenz des CEP über das Prozedere der Auszählung und der Mandatsvergabe zu entscheiden. In der Tat enthält das im Juli 1999 verabschiedete Wahlgesetz keine eindeutigen und detaillierten Vorgaben für das fragliche Verfahren und bietet damit die Möglichkeit zu einer „freizügigen“ Auslegung. Doch das gewählte Vorgehen verstößt ganz eindeutig gegen den Grundsatz, dass bei einer demokratischen Wahl jede gültige abgegebene Stimme gleichwertig ist. Auch das von den Verantwortlichen des CEP und Vertretern der *Fanmi Lavalas* – die offensichtlich um ihren eindeutigen Wahlsieg fürchteten – vorgebrachte Argument, dieses Verfahren sei bei allen Wahlen seit 1990 zur Anwendung gekommen, kann diesen Verstoß gegen demokratische Grundsätze nicht rechtfertigen. Es wäre wünschenswert gewesen, dass die verschiedenen internationalen technischen Berater, die dem CEP zur Seite standen, frühzeitig auf dieses Problem aufmerksam gemacht hätten und bereits im Vorfeld ein verbindliches Verfahren festgelegt worden wäre.

In einer offiziellen Antwort an die Mission der OAS erklärten die Verantwortlichen des CEP die Wahl dieser Methode mit den Besonderheiten des Wahlsystems: In jedem Departement waren zwei Sitze für den Senat zu vergeben. Nur im

Departement du Centre galt es drei neue Senatoren zu bestimmen. Dementsprechend verfügten die Wähler bei den Wahlen zum Senat über zwei bzw. drei Stimmen. Da aber viele Wähler aufgrund des niedrigen Bildungsniveaus und der daraus resultierenden Unkenntnis über das Wahlverfahren nur eine Stimme abgaben, habe der Wahlrat die so entstehenden Verschiebungen im Ergebnis ausgleichen wollen. Sicherlich stellt dieser Aspekt eine große Herausforderung für die Durchführung freier und fairer Wahlen dar – nicht zuletzt da unter diesen Umständen der Manipulation der Wähler Tür und Tor geöffnet ist. Doch dem Problem auf diese Weise Rechnung zu tragen erscheint mehr als fragwürdig. Es wäre die Aufgabe einer breitangelegten und intensiven *civic-education*-Kampagne, diese Missstände zu beheben oder zumindest zu minimieren.

In der Hauptstadt verhärteten sich trotz intensiver Bemühungen um eine Lösung des Problems die Fronten. Nachdem der Wahlrat bis Mitte Juni noch immer keine endgültigen Ergebnisse für den 21. Mai bekannt gegeben hatte, legten einige der *Fanmi Lavalas* nahestehende Demonstranten durch gezielte Straßenbarrikaden drei Tage lang das gesamte öffentliche Leben lahm. In die Auseinandersetzungen platzte am Wochenende des 17./18. Juni die Meldung, dass der Präsident des Wahlrates, Léon Manus, über die Dominikanische Republik in die Vereinigten Staaten geflüchtet war. Nach eigenen Aussagen hatte er sich zu diesem Schritt veranlasst gesehen, nachdem er aufgrund seiner Weigerung, die unkorrekten Wahlergebnisse durch seine Unterschrift zu legitimieren, Morddrohungen erhalten hatte. Gleichzeitig hatten zwei weitere Mitglieder des Gremiums ihren Rücktritt erklärt. Damit wurde dem Wahlgang eine wichtige interne Legitimationsgrundlage entzogen.

Unbeeindruckt von den Protesten im In- und Ausland bestätigte der nun nur noch aus sechs Personen bestehende Wahlrat wenige Tage später die vorläufigen Ergebnisse und erklärte sie für endgültig. Demnach ergingen an die Kandidaten der *Fanmi Lavalas* in der ersten Runde neben den 16 Mandaten für den Senat, 26 Sitze im Abgeordnetenhaus sowie die weit überwiegende Mehrheit der zu vergebenden politischen Posten auf kommunaler Ebene⁷. Ferner verkündeten die Verantwortlichen des Wahlrates, mit den Vorbereitungen für die zweite Wahlrunde – die zu-

⁷ Die Ergebnisse der Teilwahlen in der Grande-Anse standen zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest und wurden entsprechend nicht berücksichtigt.

nächst ohne neues Datum verschoben und schließlich für den 9. Juli 2000 angesetzt wurde – fortzufahren, damit die gewählten Mandatsträger möglichst bald ihren Pflichten nachkommen könnten.

Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Das Verhalten des Wahlrates war ein Schlag ins Gesicht der Vertreter der internationalen Gemeinschaft, die bis zuletzt auf verschiedenen diplomatischen Wegen versucht hatten, auf dem Verhandlungsweg zu einer einvernehmlichen Lösung mit dem CEP zu gelangen. Auch die Geduld der Oppositionsparteien, die sich noch im Mai zu einem Aktionsbündnis mit dem Namen *Convergence Democratique* zusammengeschlossen hatten, war nun endgültig erschöpft. Sie riefen – ähnlich wie ihre peruanischen Kollegen (siehe Brennpunkt 12-2000) – zum Boykott der Wahlen auf und erklärten, ihre Kandidaten würden in der bevorstehenden zweiten Runde nicht mehr antreten. Ferner forderten sie die Annullierung der Ergebnisse, den Rücktritt des Präsidenten, des Premierministers und des Wahlrates sowie die Bildung einer Übergangsregierung, die mit der Durchführung von allgemeinen Wahlen betraut werden solle.

Während die Vertreter der Staaten der CARICOM (*Caribbean Community*) eine eher gemäßigte Position vertraten und eine Untersuchungskommission nach Haiti entsandten, die in Gesprächen mit dem CEP versuchte, eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern, erklärte die OAS, dass die Mission von der Beobachtung der zweiten Wahlrunde Abstand nehmen würde. Die vom CEP für endgültig erklärten Ergebnisse der Senatswahlen seien inkorrekt und das Verfahren entspreche nicht den haitianischen Gesetzen. Damit sei die Grundlage für einen glaubwürdigen und fairen Wahlprozess abhanden gekommen (vgl. Presseerklärung der OAS, 7. Juli 2000). Neben den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan verschärfte auch die Europäische Union den Ton und erklärte in einer Stellungnahme vom 12. Juli 2000, dass das Verhalten der haitianischen Autoritäten eine gravierende Verletzung grundlegender demokratischer Prinzipien darstelle. Dies könnte die Mitglieder der Union dazu veranlassen, ihre Politik gegenüber Haiti zu überdenken und die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Lomé-Abkommens einzufrieren.

Die Verantwortung für die gegenwärtige Situation liegt ohne Frage bei den Vertretern der politischen Klasse Haitis, deren Machtversessenheit das Land zusehends in den Ruin treibt. Es

stellt sich in diesem Zusammenhang jedoch die Frage, inwieweit das konfrontative Verhalten der internationalen Gemeinschaft zur Lösung des Problems beitragen kann oder ob damit nicht vielmehr eine weitere Polarisierung der Gesellschaft bewirkt wird. Denn die haitianische Regierung spielt derweil geschickt mit der nationalistischen Karte. Mitte Juli verkündete der Premierminister Jacques-Edouard Alexis, die Drohungen der internationalen Gemeinschaft würden ihn nicht beunruhigen, denn schließlich hätte das Land auch in den vergangenen Jahren ohne internationale Hilfe überlebt. Im Angesicht der miserablen Lebensumstände, in denen die Mehrheit der haitianischen Bevölkerung lebt, besticht diese Argumentation durch ein erschreckendes Maß an Sarkasmus. Ende des Monats rief auch Préval die Bevölkerung angesichts drohender internationaler Sanktionen zum Schulterschluss auf. "Wenn die internationale Gemeinschaft Sanktionen verhängt, werden Haiti und seine Söhne den Kampf für die Demokratie und den Respekt der Institutionen des Landes fortsetzen", hieß es in einer Erklärung des Präsidenten.

Alle Augen richten sich auf Aristide

Die zweite Runde der Wahlen in Haiti fand also ohne internationale Beobachter statt. Auch zahlreiche nationale Gruppierungen hatten aus Protest gegen das Vorgehen des CEP die Beobachtung eingestellt. Mit nur 5-10% lag die Wahlbeteiligung weit unter dem Schnitt der ersten Runde. Während die Oppositionsparteien dies als einen Erfolg ihres Boykottaufrufs feierten, ist dies wohl eher auf den traditionell geringeren Mobilisationsgrad der Wählerschaft bei Stichwahlen zurückzuführen. Verschiedenen Meldungen zur Folge gingen auch aus diesem Wahlgang die Kandidaten der *Fanmi Lavalas* mehrheitlich als Sieger hervor. Nach Abschluss der beiden Wahlrunden⁸ wurden insgesamt 18 von 19 Sitzen im Senat sowie mehr als 60 der 83 Sitze im Abgeordnetenhaus den Kandidaten der *Fanmi Lavalas* zugesprochen.

Die Partei Jean-Bertrand Aristides verfügt damit nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch in den beiden Kammern des Parlaments über fast absolute Mehrheiten. Nicht nur die Bevölkerung Haitis wartet jetzt gespannt darauf, welcher Art die Politik sein wird, die auf den

⁸ Die zweite Runde der Wahlen in der Grande-Anse wurde am 30. Juli 2000 durchgeführt. Bis zum Abschluss des Manuskripts lagen noch keine Meldungen über die Ergebnisse vor.

geschaffenen Machtverhältnissen gründet. Der Verlauf der Wahlen hat sowohl im Inland als auch im Ausland die Stimmen geweckt, die hinter Aristide und der *Fanmi Lavalas* ein autoritäres, wenn nicht gar diktatorisches Projekt vermuten. Fakt ist allerdings, dass, auch wenn die Wahlen in Haiti nach unseren Maßstäben nicht demokratisch waren, sie im Ergebnis doch weitgehend den Willen der Bevölkerung widerspiegeln. Denn nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass ihnen die zersplitterte Opposition keine wirkliche Alternative bietet, ist die Popularität Aristides und seiner Partei noch immer überwältigend. Seitdem ihm 1995 die Vollendung seiner Amtszeit, die durch das dreijährige Exil in den Vereinigten Staaten unterbrochen worden war, versagt wurde, ist er für viele Haitianer zu einer geradezu mystischen Figur geworden. Doch Aristide hat sich in den vergangenen Monaten äußerst rar gemacht. Weder äußerte er sich zu den Vorwürfen gegen seine Partei im Zusammenhang mit der Gewalt im Vorfeld der Wahlen,

noch hat er in der Öffentlichkeit eine eindeutige Position zu den jüngsten Auseinandersetzungen bezogen. Einige Beobachter vermuten, dass er schon gar nicht mehr derjenige ist, der die Geschicke der Partei lenkt. Längst hätten jene dubiosen Kreise um ihn herum, in denen auch ehemalige Militärs und mutmaßliche Drogenhändler eine neue Heimat gefunden haben, die Führung übernommen. Aristide selbst sei nur noch eine Marionette, die vorgehalten würde, um von der Popularität zu profitieren. Wahrscheinlicher ist jedoch die These, dass Aristide die Situation geschickt ausnutzt, um kurz vor den Präsidentschaftswahlen wie Phönix aus der Asche emporzusteigen. Doch über die wahren Absichten und sein Programm herrscht einige Unklarheit. Er ist ohne Frage ein Meister der populistischen Versprechungen – wie weit er diese jedoch umsetzen kann, bleibt abzuwarten.

Internetquellen mit Informationen zu den Wahlen in Haiti:

Organisation Amerikanischer Staaten: <http://www.oas.org/>

Center for International Policy:
<http://www.us.net/cip/haiti.htm>

Centre Haïtien de Recherches et de Documentation:
<http://www.chrd.org/>

Service d'Information du Centre de Recherche et d'Action pour le Développement:
<http://rehred-haiti.net/membres/crad/sicrad/index.html>

Autorinnennotiz: Astrid Nissen, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Von Mai bis Juli hat sie im Rahmen der OAS-Mission an der Beobachtung der Wahlen in Haiti teilgenommen. Länderschwerpunkte: Karibik (insb. Haiti), Zentralamerika. Themenschwerpunkte: Friedenskonsolidierungsprozesse, Politik der Vereinten Nationen, Konfliktursachen. E-mail: nissen@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>